

***Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen******Eigeninitiative fördern, Ich-AG und Überbrückungsgeld erhalten!***

Die Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit durch den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) ist beschäftigungspolitisch sehr wirksam und setzt auch wirtschaftspolitisch die richtigen Akzente.

Die Ich-AG gehört zu den erfolgreichsten Instrumenten der vergangenen Arbeitsmarktreformen, wie die Studien und Evaluationen des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, die KfW-Mittelstandsbank und der Zwischenbericht zur Evaluierung der Hartz-Reformen übereinstimmend feststellen. Die Ich-AG ist für einen Teil der Arbeitslosen ein viel versprechendes Instrument, um den Weg aus der Arbeitslosigkeit zu finden. Im Vergleich zum Überbrückungsgeld ist sie auf eine andere Zielgruppe ausgerichtet und erreicht unter anderem deutlich mehr Frauen.

Zu den positiven Effekten zählen nicht nur die erfolgreichen Gründungen, sondern auch all jene Fälle, in denen die zwischenzeitliche Selbständigkeit dazu führte, wieder einen sozialversicherungspflichtigen Job zu finden. Die Gründungszuschüsse an Arbeitslose fördern Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

In finanzieller Hinsicht leisten der Existenzgründungszuschuss und das Überbrückungsgeld den mit Abstand bedeutendsten Beitrag zum Gründungsgeschehen im Land Bremen. Allein im Jahr 2004 unterstützten die Agenturen für Arbeit Gründerinnen und Gründer mit über 19 Millionen Euro. Damit erreichten sie jede fünfte Gründung im Land Bremen. Völlig zurecht stellte der Senat in seiner Antwort vom 16. August 2005 (Drs. 16/725) auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen fest, dass diese Gründungsförderleistungen der Agenturen für Arbeit ein „unabdingbarer Bestandteil der Bremer Arbeitsmarktpolitik sind“.

Im Vergleich bundesdeutscher Großstädte hat Bremen noch immer eine unterdurchschnittliche Selbständigkeitsquote. Die erfreuliche Entwicklung des Gründungsgeschehens in Bremen und Bremerhaven in den vergangenen Jahren würde durch die Streichung der Ich-AG und des Überbrückungsgeldes schweren Schaden nehmen.

Die große Koalition in Berlin plant, Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld abzuschaffen und durch ein neuartiges Instrument zu ersetzen. Das neuartige Instrument ist bürokratisch, unterminiert die Planungssicherheit der Gründer/-innen und differenziert nicht zwischen den Anforderungen unterschiedlicher Gründer/-innengruppen. Es zielt in erster Linie darauf, das finanzielle Volumen der Gründungsförderung drastisch zu beschneiden, anstatt das Gründungspotenzial der Arbeitslosen umfassend ausschöpfen zu wollen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Förderung von Ich-AG und Überbrückungsgeld als Pflichtleistung der Agentur für Arbeit bis zum 31. März 2007 fortzusetzen, damit auf Grundlage der Evaluierung der Hartz-Gesetze, die Ende 2006 erscheinen, die beiden Instrumente fortentwickelt werden können.

Silvia Schön,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen